

POSITIONSPAPIER

STARKE POLITIK FÜR KINDER UND JUGENDLICHE WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE 2022



STARKE POLITIK FÜR KINDER UND JUGENDLICHE WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE 2022

Unser Ziel

Die Corona-Pandemie bestimmt seit fast zwei Jahren den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Sie und ihre **Familien** haben zum Schutz aller in den vergangenen Jahren auf vieles verzichtet und damit Enormes geleistet. Umso bitterer ist es, dass sie bei den Maßnahmen der Staatsregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie noch immer das **Schlusslicht** bilden – egal, ob es um mangelhafte Testkonzepte in Kita-, Schul- und Hortbetrieben geht oder um den „Freizeit-Lockdown“ für viele Jugendliche ab 14 Jahren aufgrund der Zugangsbeschränkungen nach der 2G-Regel.

Für uns Grüne ist weiterhin klar: über Einschränkungen für Kinder und Jugendliche sprechen wir nicht zuerst, sondern zuallerletzt. Bei notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie muss es immer zuerst um den Alltag der Erwachsenen gehen, um deren Arbeits- und Freizeitleben. **Die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen muss auch in Krisenzeiten möglich bleiben. Wir müssen alles daransetzen, Kinder und Jugendliche in dieser schwierigen Zeit aufzufangen und zu unterstützen.** Mit der neuen grünen Bundesfamilienministerin zieht diese Haltung und die richtige Prioritätensetzung nun auch endlich auf Bundesebene ein. Wir Grüne sind weiter die Interessenvertreter Nr. 1 für Kinder und Jugendliche!

Was die Pandemie für das Leben, für die physische und die **psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen** bedeutet, belegt inzwischen eine Vielzahl an Studien: Bewegungsmangel, Übergewicht, lange Bildschirmzeiten, Einschränkungen des sozialen Miteinanders, Angst, kaum Planungssicherheit und wenig außerschulische Kultur-, Sport-, Erholungs- und Bildungsoptionen beeinträchtigen die Lebensqualität unserer Kinder und Jugendlichen erheblich. So zeigte beispielsweise die internationale Studie COVID-Kids, dass während der Pandemie nur noch 50 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden seien. Vor der Pandemie lag dieser Wert bei 90 Prozent. Häufig zeigen sich psychosomatische Beschwerden wie Gereiztheit, Einschlafprobleme, Kopf- oder Bauchschmerzen. Forscher*innen beobachten zudem über alle Altersgruppen hinweg einen deutlichen Anstieg von Angststörungen, Depressionen und Schlafstörungen. Auch Essstörungen, Substanzmissbrauch bis hin zu Suizidversuchen nehmen zu¹. Auch nehmen die Fälle häuslicher Gewalt zu und zugleich ihre Sichtbarkeit und damit die Möglichkeiten zur rechtzeitigen Intervention ab, davon sind häufig Kinder und Jugendliche betroffen (siehe z.B. Statistiken des Landeskriminalamts und der Jugendämter)². Diese negativen Auswirkungen sind potenziell langwierig und betreffen zu viele Kinder und Jugendliche. **Die Söder-Regierung ist in Bayern in der Verantwortung, dem endlich entschieden entgegenzutreten!**

Ein besonderes Augenmerk muss auf die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus einkommens- und bildungsschwachen Haushalten gelegt werden³. Die niederschwellige Versorgung vor Ort ist das A und O. Für uns Grüne ist klar: Wir erkennen die Nöte und schauen nicht weg. Psychische Gesundheit darf kein Tabuthema sein und seelische Erkrankungen dürfen nicht zu Stigmatisierung führen.

¹ siehe z.B. Copsy-Studie 2020, *Kinder- und Jugendreport der DAK 2021*, BARMER-Arztreport 2021, Universitätsklinikum Essen 2022

² <https://www.br.de/nachrichten/bayern/landeskriminalamt-mehr-haeusliche-gewalt-im-ersten-corona-jahr,SszTB5f> und <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2021/pm189/index.html>

³ https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/Focus/loHM_04_2020_Psychische_Auswirkungen_COVID-19.pdf?__blob=publicationFile

Wir Grüne fordern

- **Mehr psychotherapeutische Behandlungsplätze für Kinder und Jugendliche** ermöglichen, indem mehr Kassenplätze für Psychotherapeut*innen und Fachärzt*innen für Psychiatrie und Psychotherapie für Kinder und Jugendliche entstehen. Mit einer besseren Versorgungsstruktur verkürzen wir zudem die Wartezeiten – niemand sollte länger als vier Wochen auf eine Behandlung warten müssen
- **Psychische Gesundheit und psychische Überlastung stärker zu thematisieren** – beispielsweise durch Informationskampagnen und (Sucht-)Beratungsangebote an den Schulen und Präventionsangebote in der Jugend- und Sozialarbeit
- **Fortbildungen für Fachkräfte in Kita und Schulen** ausbauen, um sie für auftretende psychische Probleme zu sensibilisieren
- Deutlich **bessere Vernetzung zwischen ambulant und stationärer Behandlung sowie zwischen Jugendhilfe und Psychotherapie**
- **Sport- und Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche** zu stärken, um den nachweislich positiven Effekt von Sportaktivitäten auf die physische Gesundheit zu fördern
- Psychische Gesundheit im Pandemiemanagement insgesamt deutlich mehr in den Fokus nehmen und nach dem Vorbild Baden-Württembergs eine **Task-Force für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie** mit Vertreter*innen der stationären und ambulanten Psychiatrie, psychologischen Beratungsstellen, Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Betroffenenverbände einzurichten

Kinder brauchen Kinder – Kita-Betrieb absichern

- Mit einer **Kombination aus PCR-Pooltests und Antigen-Schnelltests** wollen wir die Sicherheit für Kinder und Personal in den Kitas und der Kindertagespflege erhöhen, um so die Einrichtungen dauerhaft offen halten zu können
- Der **Freistaat ist in der Verantwortung, dieses Testkonzept zentral und analog zu den Grundschulen bereitzustellen und zu finanzieren.**
- Die Testdurchführung soll von **externem, medizinisch geschultem Personal** übernommen werden, um das Kita-Personal und die Eltern zu entlasten und die Sicherheit der Durchführung zu erhöhen.
- Solange die Infrastruktur für die PCR-Pooltests noch nicht bereitsteht, soll das **Verfahren zum Erhalt der Selbsttests entbürokratisiert** werden, sodass die Eltern die Sets ohne Berechtigungsschein direkt in den Einrichtungen mitnehmen können
- Die **Aufteilung der Kinder in feste Gruppen** und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes innerhalb der Räumlichkeiten seitens des Kita-Personals wird beibehalten, bis die Situation unter deutlich rückläufigem Infektionsgeschehen neu bewertet werden kann
- **Kinder bleiben von geltenden Kontakt- und Zugangsbeschränkungen ausgenommen**, solange durch die regelmäßige Testung in den Einrichtungen eine zeitnahe Unterbrechung von Infektionsketten gewährleistet werden kann und das spezifische Infektionsgeschehen innerhalb dieser Altersgruppe es zulässt
- Bayernweit sind **flächendeckende Aufklärungs-, Beratungs- und Impfangebote für die Impfung gegen das Corona-Virus für Kinder zwischen 5 und 11 Jahren** bereitzustellen

Jugendliche sind nicht nur Schüler*innen – Freizeitangebote absichern

- **Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhalten Zugang zu allen Bereichen nach der 3G-Regel**, auch dann, wenn für Erwachsene 2G oder 2G plus Einschränkungen gelten, denn Erwachsene können und müssen mehr schultern
- **Sport, Kultur, Jugendarbeit, Jugendhilfe, auch aufsuchende Jugendhilfe, müssen in Präsenz** in den Einrichtungen und Jugendzentren stattfinden können. Für Kinder und Jugendliche ist der Zugang nach der 3G-Regel sicherzustellen.
- Die Lücken in der Berufsberatung und **Beratung an den Übergängen zwischen Schule und Ausbildung oder Studium** sowie in den Beruf hinein haben sich verschärft. Um Jugendlichen, in Zeiten, in denen sozialer Austausch und Kontakt sowieso schon auf ein Minimum reduziert werden, bei solchen wichtigen Entscheidungen nicht allein zu lassen, müssen diese Angebote dringend ausgebaut werden.
- **Jugendsozialarbeit an Schulen, arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit** müssen weiter konsequent ausgebaut werden.
- Soziales Miteinander muss wieder gestärkt werden, beispielweise durch die **Förderung von Freizeit und Begegnungen**, Reisen und Erlebnisse mit Schwerpunkt auf finanziell benachteiligten Jugendlichen. So sollen beispielsweise Schulfahrten mit Hygiene- und Testkonzepten stattfinden können und auch Projekte, die dem internationalen Austausch dienen, gefördert werden, so dass allen die Chance gegeben wird, daran teilzunehmen.
- Bayernweite **barrierefreie, niedrigschwellige und mehrsprachige Informationskampagne** für Eltern, Kinder und Jugendliche bzgl. der Impfung gegen das Coronavirus.
- **Jugendzentren und andere Jugendhilfe- und Jugendbildungseinrichtungen** werden befähigt, in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern und den Impfzentren, **Impftermine** vor Ort zu organisieren.

Bildung auch in Zeiten der Pandemie sicherstellen

Wir wollen Schulen offenhalten und dies so sicher wie möglich gestalten. Die Schule soll für Kinder und Jugendliche erster Lern- und Begegnungsort bleiben. Deshalb setzen wir uns ein für regelmäßige PCR-Pooltests für alle Schüler*innen, für das Impfen aller Erwachsenen an und im Umfeld der Schulen und für zunehmende Impfungen der Kinder und Jugendlichen. Durch die hochinfektiöse Variante Omikron ist aber zu erwarten, dass immer mehr Lehrkräfte in Quarantäne und Selbstisolation müssen. Aufgrund des Lehrkräftemangels stehen Vertretungslehrkräfte nicht zur Verfügung. FW-Kultusminister Piazzolo hat es verpasst, rechtzeitig zusätzliche Lehrkräfte anzuwerben und einzustellen. Auch die Gewinnung von Quereinsteigern ist derzeit nicht ausreichend. Darum muss für den Fall, dass zu viele Lehrkräfte in Präsenz ausfallen, jetzt endlich eine gut funktionierende digitale Infrastruktur für die Schulen geschaffen werden.

Das bedeutet: Schulen müssen mit leistungsfähigen Internetanschlüssen und W-Lan ausgestattet sein. Es muss IT-Hausmeister*innen geben, die sich um die Technik kümmern. Jede Lehrkraft braucht ein Dienstgerät, jede*r Schüler*in sollte Zugriff auf für den Unterricht notwendige digitale Endgeräte haben und die Schul-IT muss reibungslos funktionieren. Entscheidungen über den Schulalltag müssen vor Ort getroffen werden können. Dafür brauchen Schulleitungen die nötigen Freiheiten. Denn sie können am besten abschätzen, ab welcher Anzahl von Quarantänefällen der Präsenzunterricht nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Generell hat aber die Anwesenheit der Schüler*innen an der Schule Priorität, denn der persönliche Kontakt ist für die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und deren soziale Entwicklung von großer Bedeutung.

Wir Grüne fordern

1. Für Schüler*innen, die in Quarantäne sind, muss **regelmäßiger persönlicher Kontakt** zu Lehrkräften (z.B. per Videosprechstunde) sowie eine **systematische digitale Mitbeschulung** sichergestellt werden.
2. Unterricht während Corona bedeutet nicht „normales“ Lernen. Daher müssen die **Vorgaben** bzgl. Leistungsnachweisen, Erfüllung des Lehrplans, Vorrücken **reduziert bzw. angepasst und vor Ort flexibel gehandhabt** werden können.
3. Nachholen von **Basiswissen**, Festigen von **Schlüsselqualifikationen** muss im **Vordergrund** stehen. Wenn der Unterrichtsausfall an Mittelschulen nicht ausgeglichen werden kann, dann fordern wir eine Stundenreduzierung und Konzentration auf die Fächer, die dieses Basiswissen und die Schlüsselqualifikationen vermitteln.
4. In den Schulen sollen **Präventionsprogramme zur psychischen Gesundheit**, die **wissenschaftlich evaluiert** sind, verpflichtend durchgeführt werden. Ein Beispiel für ein solches Programm wäre DUDE.
5. Schüler*innen brauchen in der Omikron Welle aber auch danach **Unterstützung** und **zusätzliche Angebote**, um individuelle Lernlücken und ausgefallenes soziales Lernen ausgleichen zu können. Daher brauchen wir eine **Verstetigung der Unterstützungsangebote** und ihre **Verankerung im Haushalt**.
6. In dieser Krisensituation, in der vor Ort schnell und kompetent Lösungen zum Wohle der Schüler*innen und für ihre Anwesenheit in der Schule gefunden werden müssen, müssen **Schulleitungen** besser mit **rechtlicher und hygienefachlicher Beratung** unterstützt werden. Sie brauchen nachvollziehbare und transparente Regelungen zu Quarantäne und Klassenschließungen und vor allem **Entlastung** von anderen Aufgaben und den Anforderungen des Kultusministeriums. Nur so können die Schulleitungen ihrer zentralen Führungsrolle im Schulgeschehen gerecht werden und ihre Schule gut durch die Pandemie führen.
7. Um flexible Lösungen und modernen Unterricht anbieten zu können, brauchen Schulen die entsprechende **digitale Infrastruktur**.
8. Im Sportunterricht in der Halle soll im Klassenverband sportliche Betätigung ohne Maske möglich sein.

KONTAKT

Stand: Januar 2022



Eva Lettenbauer, MdL
Sprecherin für Frauen und Jugend
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Tel. 089 4126-2733

eva.lettenbauer@guene-fraktion-bayern.de
www.guene-fraktion-bayern.de



Johannes Becher, MdL
Sprecher für frühkindliche Bildung
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Tel. 089 4126-3761

johannes.becher@guene-fraktion-bayern.de
www.guene-fraktion-bayern.de



Thomas Gehring, MdL
Sprecher für lebenslanges Lernen und Lehrkräfte
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Tel. 089 4126-2648

thomas.gehring@guene-fraktion-bayern.de
www.guene-fraktion-bayern.de